

## **Dickes: "Bildungserfolg hängt von guten Lehrern ab"**

Landtagsabgeordnete der CDU will Gelder aus Konjunkturprogramm II vor allem für Themen rund um Bildung eingesetzt sehen

KREIS BAD KREUZNACH/ MAINZ. Der Oeffentliche Anzeiger lädt die Landtagsabgeordneten des Nahe-Wahlkreises ein, ihren Wählerinnen und Wählern regelmäßig in einem "Brief aus Mainz" Einblick in den politischen Alltag zu gewähren. Heute schreibt Bettina Dickes (CDU) aus Waldböckelheim:

"Das Konjunkturprogramm ist in aller Munde, Investition in Bildung die Devise. Es kann nicht sein, dass Schüler Angst haben müssen, ihnen fiele das Turnhallendach auf den Kopf, oder dass Schulträger durch zu hohe Energiekosten an den Rand des Ruins stürzen. Investitionen in die Infrastruktur sind wichtig, längst überfällig und stützen - hoffentlich - die heimische Wirtschaft. Aber: Werden Schüler in schöneren oder gut gedämmten Schulen klüger? Bildungserfolg hängt - abgesehen von der Förderung im Elternhaus - nicht von neuen Fenstern, sondern von guten Lehrern ab. Hier sind Investitionen überfällig. Wir wollen die besten Lehrer - und bieten in Rheinland-Pfalz mit die schlechteste Bezahlung. Gleichzeitig überfordern wir die Lehrer mit immer neuen Erziehungsaufgaben, weil in vielen Elternhäusern Defizite bestehen. Statt sich mit der Vermittlung von Wissen und Werten zu beschäftigen, müssen unsere Lehrer immer mehr die Aufgabe von Sozialarbeitern übernehmen. Wer nichts weiß, muss alles glauben. Wer sich mit dem politischen und wirtschaftlichen System der Bundesrepublik nicht auskennt, der kann auch viele Situationen nicht richtig einschätzen. Der weiß nicht, dass es in der sozialen Marktwirtschaft nicht Aufgabe des Staates ist, durch direktes Eingreifen Unternehmen, die den Anschluss verpasst haben, (kurzfristig) am Leben zu erhalten. Langfristig verzerrt dies den Wettbewerb, schadet gesunden Unternehmen mit Zukunft, kostet bei zukunftssträchtigen Betrieben Arbeitsplätze und gefährdet die öffentlichen Haushalte und sozialen Sicherungssysteme. Wenn der Staat zu sehr in die Wirtschaft eingreift, stellen wir damit das gesamte System der sozialen Marktwirtschaft in Frage. Und damit über kurz oder lang auch unser demokratisches System.

Dabei sollten wir aus der eigenen Geschichte wissen, dass Staatswirtschaft nicht funktioniert. Wir haben an anderer Stelle in Deutschland gesehen wo es hinführt, wenn der Staat zu viel Macht hat!"

Oeffentlicher Anzeiger vom 25.02.2009, Seite 20.